

Antrag: Beschluss eines strategischen Plans zur Begrenzung des Defizitwachstums im Haushalt

Beratungsfolge:

... am:

VA am:

Rat am:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Defizitbegrenzung für die kommenden Jahre zu definieren, die i.w. folgende Elemente enthält:

1. Ausgangspunkt ist der verabschiedete Haushalt 2026
2. Für die Folgejahre wird ein Ausgabendeckel definiert, der auf dem geplanten Aufwandsvolumen des Jahres 2026 abzgl. geplanter Zinsen und Abschreibungen basiert, welcher für die Folgejahre mit einem Wachstumsfaktor in Höhe der Inflationsrate minus 1%-Punkt fortgeschrieben wird.
3. Die Investitionen werden priorisiert und auf der Zeitachse gestreckt. Investitionen in Schulen und Kitas sowie in Verbindung mit der Einführung der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen werden davon ausgenommen. Die Bau- und Einrichtungsstandards werden unter Berücksichtigung der Life-Cycle Kosten auf ein sinnvolles Maß reduziert. Die Veräußerung von nicht erforderlichen Grundstücken und Gebäuden wird vorbereitet, auch wenn dadurch i.W. nur Erhaltungs- und Sanierungskosten gespart werden können.
4. Die Gebührensatzungen werden so weiterentwickelt, dass in allen Dienstleistungen (u.a. Essens-, Krippengebühren etc.) Kostendeckungsgrade von mindestens 75% ab 2027 erreicht werden. Sobald sich der Verbraucherpreiseindex nachfolgend um mindestens 5% erhöht, erfolgt eine entsprechende Anpassung.
5. Additive, im Haushalt nicht geplante Einnahmen, werden zu mindestens 50% zur Defizitdeckung eingesetzt, soweit sie nicht zweckgebunden sind.
6. Die Einrichtung neuer Stellen ist auf absolute Sonderfälle begrenzt und wird jeweils befristet. Vorrangig sollen neue Aufgaben durch Personalumsetzung, Verdichtung von Aufgaben und Einführung effizienterer / digitaler Arbeitsprozesse ausgeglichen werden.
7. Im Rahmen der demografischen Entwicklung der Belegschaft auftretende Vakanzen im Stellenplan sollen ab 2030 nur noch in Höhe von 75% nachbesetzt werden. Bis dahin sind entsprechende Prozessdigitalisierungen umzusetzen.

Begründung:

Der in der Ratssitzung am 22.05.25 eingebrachte Haushalt weist dauerhaft hohe Defizite aus. Auf Basis der Informationen der aktuellen Veränderungsliste (Stand 14.08.25) ergeben sich folgende Defizite für die Planjahre:

2026: 30,968 Mio.€

2027: 31,453 Mio.€

2028: 31,501 Mio.€

2029: 31,604 Mio. €

In Summe ergibt sich ein Defizit in Höhe von 125,525 Mio.€. Auf Basis dieser Planung erscheint die Erteilung einer Genehmigung des Haushalts 2026 durch die Kommunalaufsicht ohne parallelen Beschluss eines strategischen Plans zur Defizitbegrenzung als wenig wahrscheinlich.

Thomas Weber für

Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Vorsitzender